

**Die Welt zu Gast bei Freunden -  
so lautet das Motto der WM 2006.**

Aus den zahlreichen Erfahrungen mit Großereignissen wissen wir: Rund um die WM wird auch die Nachfrage nach sexuellen Dienstleistungen steigen. Frauen- und Menschenrechtsorganisationen befürchten, dass dies auch Auswirkungen auf den Menschenhandel zum Zweck der sexuellen Ausbeutung hat.

Menschenhandel und die damit einhergehende Zwangsprostitution sind schwere Menschenrechtsverletzungen. Die Betroffenen, insbesondere Frauen, sind physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt.

Die Initiative „ABPIFF - Schluss mit Zwangsprostitution“ des Deutschen Frauenrates möchte die WM nutzen, um möglichst viele Menschen auf dieses Phänomen aufmerksam zu machen. Die Frauengruppe der Gewerkschaft der Polizei schließt sich dieser Initiative an - mit eigenen Aktionen und Forderungen aus polizeilicher Perspektive der Polizei!

Gerade als Gewerkschaft der Polizei, die viele Kolleginnen und Kollegen im Einsatz betreut, wünschen wir uns in jeder Hinsicht faire Spiele. Wir freuen uns auf internationale Begegnungen und neue Bekanntschaften!

gehandelt - missbraucht - ausgebeutet

## **Frauen im Abseits**

**ohne Pass ...**

**ohne Geld ...**

**ohne Bleibe ...**

**ohne Sprache ...**

**ohne Perspektive ...**

**ohne Orientierung ...**

## **Opfer von Menschenhandel?**

Die Frauengruppe der GdP ruft zu besonderer Aufmerksamkeit auf: Beim geringsten Verdacht sollte sofort die zuständige Polizeidienststelle benachrichtigt werden!

Infos und Links zum Thema unter

**[www.gdp.de](http://www.gdp.de)**

V.i.S.d.P.:

Frauengruppe (Bund)

der Gewerkschaft der Polizei

Sandra Temmen, Stromstraße 4, 10555 Berlin

gehandelt - missbraucht - ausgebeutet

## **Frauen im Abseits**

**Menschenhandel  
und  
Zwangsprostitution**

-

**Herausforderung  
für Polizei und Gesellschaft**



## **Menschenhandel - ein gravierender Verstoß gegen die Menschenrechte.**

Die Opfer, insbesondere Frauen, die zum Zweck sexueller Ausbeutung gehandelt werden, sind physischer und psychischer Gewalt ausgesetzt.

### Zahlen und Fakten:

- **370 Ermittlungsverfahren** gab es im Jahr 2004 bundesweit - darin wurden **972 Opfer** bekannt.
- **75 % der Opfer stammen aus Mittel- und Osteuropas.**
- Zumeist sind die **Opfer zwischen 18 und 25 Jahre alt**, weniger als ein Zehntel ist minderjährig.

Dem BKA liegen zu einem Teil der gemeldeten Verfahren Angaben über illegal erlangte Gewinne vor - Gesamtsumme: über **6,5 Mio Euro**.

Mit menschenverachtenden Methoden werden durch Menschenhandel und Zwangsprostitution hohe Profite erzielt.

**Im Interesse der Opfer ist das besondere Engagement unserer Gewerkschaft gefordert!**

Gehandelte Frauen sind in erster Linie Opfer - und unverzichtbare Zeuginnen.

**Die GdP-Frauengruppe setzt sich daher für die Verbesserung der Situation von Menschenhandelsopfern ein.**

Die Bundesregierung muss endlich die EU-Richtlinie (2004/81/EG des Rates vom 29.4.2004) umsetzen, die den Aufenthalt von Opfern des Menschenhandels sichert:

- Opfer brauchen kontinuierliche **medizinische und psychosoziale Betreuung.**
- Opfer brauchen eine **angemessene Bedenkzeit**, um entscheiden zu können, ob sie mit Polizei und Justiz zusammenarbeiten wollen.
- Opfer brauchen einen gesicherten **Aufenthaltstitel und Arbeits-erlaubnis.**

In allen Bundesländern müssen qualifizierte Fachberatungsstellen in der **Opferbetreuung** arbeiten können:

- Ihre Arbeit muss dauerhaft finanziell abgesichert werden.
- Ihre Mitarbeiter/innen brauchen ein Zeugnisverweigerungsrecht.
- Für die Opferbetreuung müssen eigene Titel in den Landeshaushalten eingestellt werden.

Menschenhandel und Zwangsprostitution sind Kontrolldelikte. Meist ist der Tatnachweis nur schwer zu erbringen.

**Die GdP-Frauengruppe fordert, die Strafverfolgung durch gezielte Maßnahmen zu erleichtern.**

- Die Polizei in allen Bundesländern benötigt **Schwerpunktdienststellen** mit angemessener personeller Ausstattung.
- Die **Zusammenarbeit der Polizeibehörden von Bund und Ländern** muss verstärkt werden, ebenso die **internationale Kooperation.**
- Polizei, Justiz, andere beteiligte Behörden und Fachberatungsstellen sollten auf Ebene der Bundesländer **Kooperationsverträge** schließen.
- Um Kolleginnen und Kollegen zu sensibilisieren, sollten Menschenhandel und Zwangsprostitution in der **Aus- und Fortbildung** berücksichtigt werden - unter Einbindung von Fachberatungsstellen.
- Bundesweit einheitlich sollte die **Konzessionierung von Prostitutionsstätten** sowie die gewerberechtliche Anerkennung jeder Form von Prostitution eingeführt werden („Dortmunder Modell“).